

Bild des Tages



Herbstliche Momente Auch in Rafz «die Knospen an den Bäumen ruhen und auch die Kater haben nichts zu tun». Foto: Claus Krempel, Bülach

Leserbriefe

Wettlauf um ein Milliardengeschäft

Ausgabe vom 26. Oktober

«Das Rennen um Impfstoffe bringt unerwünschte Nebenwirkungen»

Zum diesem Thema wurde in der Zeitschrift «Natur & Heilen» bereits ein Artikel geschrieben mit dem Titel «COVID-19 und das Impfproblem».

Darin steht:

«Wenn man gegen einen bestimmten Virusstamm impft, kann es sein, dass der Patient dafür gegenüber einem anderen Virusstamm anfällig wird (Virusinterferenzen). Eine im Januar 2020 in der Fachzeitschrift Vaccine veröffentlichte Studie schliesst aus Daten von über 6'000 Patienten, dass eine Influenza-Impfung das Risiko anderer Atemwegserkrankungen signifikant erhöht.

Eine andere Studie hat gezeigt, dass z.B. nach der Grippeimpfung das Risiko, eine Corona-Virusinfektion zu bekommen um 36 % erhöht ist. In Italien wurden im November 2019 über 50 % der Bevölkerung gegen die Grippe geimpft.»

Warum erhalten wir keine ehrlichen, statistischen Daten über die schweren Corona-Verläufe, ob diese grippegeimpft sind oder nicht? Wäre doch ganz einfach statistisch zu erfassen, eine zusätzliche Frage, die mit ja oder nein beantwortet werden kann! Dauernd wird auf den Impfverweigerern herumgeritten. Viele Leute wissen gar nicht, was für problematische Inhaltsstoffe in einer Impfung sonst noch vorhanden sind: Formaldehyd, Aluminiumhydroxid, Rückstände von Hühnereiweiss und Antibiotika, usw. Darüber werden wir nicht aufgeklärt. Daher ist es auch kein Wunder, dass so viele Leute auf so viele Lebensmittel

usw. allergisch reagieren. Auch krank sein, verbunden mit Fieber wird vehement mit allen möglichen Medikamenten bekämpft. Dabei täten wir unserem Körper, Seele und Geist nur einen Gefallen, wieder einmal zur Ruhe zu kommen und zu entgiften.

Ein neuer Corona-Impfstoff wird keine Lösung sein, nur ein weiterer Wettlauf um ein Milliardengeschäft mit dem Menschen als Lebendversuch – freiwillige gibt es ja genügend.

**Ursula Plüer-Duttweiler,
Schleinikon**

Initiative wirkt kontraproduktiv

Zur Konzernverantwortungsinitiative

Ich befürworte konstruktive Lösungen für effektive Umweltprobleme, welche durch Schweizer-Unternehmen im In- oder Ausland verursacht werden. Schweizer-Unternehmen halten sich aus Eigeninteresse an geltende Gesetze und konzerninterne-, sowie allgemein gültige Standards. Zwar gibt es einzelne Negativfälle, die von den Initianten verallgemeinert und aufgebaut werden. Aber diese Initiative bezweckt nicht Lösungen, sondern nur die Erpressung von Vergleichs- und Schadenssummen, welche durch jahrelange Gerichtsverfahren gegen Konzerne erreicht werden können. Dabei schieben die Initianten den verhasseten Konzernen nach Bedarf Probleme in die Schuhe, die sie nicht selber verursacht haben, sondern z.B. bei Glencore von den früheren Minen-Besitzern während Jahrzehnten angehäuft- und dann von Glencore als Altlasten übernommen wurden. Glencore hat unterdessen

beträchtliche Investitionen in Verbesserungen gesteckt. Ich ermuntere alle kritisch denkenden Stimmbürger/-innen, auf den Homepages der beschuldigten Konzerne deren Stellungnahmen zu den Vorwürfen der Initianten zur Kenntnis zu nehmen, z.B. bei Glencore, Syngenta, usw. Das Mindeste, was man Angeklagten zugestehen muss, ist, ihre eigenen Stellungnahmen zu den Anklagen und Vorwürfen anzuhören. Dabei stellt man fest, dass die Initianten sehr grosszügig sind im Verdrehen von Tatsachen, der Verwendung von Halb- und Unwahrheiten. Wer eine Verbesserung von bestehenden Problemen will, lehnt die Konzernverantwortungsinitiative ab. Damit wird der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe in Kraft gesetzt. Dieser verlangt von den Unternehmen präzise jährliche Kontrollen und Reports auch bezüglich Umweltschutz, soziale Verhältnisse, Korruption, Menschenrechte, usw. Dies mit präziser Nennung der Bereiche und Angabe der geltenden internationalen Standards. Die Initiative bleibt bezüglich Standards bewusst diffus, damit Stellungnahmen der Konzerne ständig angefochten werden können.

Darum: Wer Probleme lösen will, lehnt die Konzernverantwortungsinitiative ab, damit der indirekte Gegenvorschlag in Kraft treten kann!

Markus Wäfler, Steinmaur

Nachhaltigkeit zum Nulltarif?

Zur Initiative «Nachhaltiges Kloten»

Am 29. November stimmen wir in Kloten ab über die Volksinitiative der GLP und den Gegen-

vorschlag der GRPK. Das Ziel ist bei der Initiative klar definiert: Förderung der erneuerbaren Energie und Reduktion des CO₂-Ausstosses. Dieses Ziel entspricht auch der Energiestrategie 2050 des Bundes. Die Initiative sieht zur Erreichung dieses Ziels gezielte Förderungen kommunaler und privater Projekte vor. Dafür ist bis 2035 jährlich eine Summe von Fr. 600'000 vorgesehen.

Dieser Betrag wird in der Gemeindeordnung verankert. Das heisst ganz klar, dass die Summe im jährlichen Budget von Kloten festgesetzt werden muss. Eine Diskussion darüber kann im Gemeinderat nicht stattfinden.

Ist das sinnvoll? Ja und nochmals Ja. Wir müssen den CO₂-Ausstoss reduzieren und wir müssen auf erneuerbare Energien setzen, sonst erreichen wir das ambitionierte Ziel von CO₂-Ausstoss Netto Null bis 2050 nie und nimmer. Und darüber jedes Jahr ein Gemeinderätliches Hickhack zu führen ist sicher müssig. Denn in der Diskussion im Rat haben sich m.W. alle Fraktionen zur Wichtigkeit der Klima-Schutzmaßnahmen bekannt. Sind 15 Jahre mal Fr. 600'000 = 9 Mio Franken zu viel? Sicher nicht, denn Umweltschäden werden uns in Zukunft weit mehr belasten, wenn wir zu wenig unternehmen.

Und der Gegenvorschlag? Ist er wirklich sooo schlecht? Ja, er ist aus 2 Gründen schlecht:

1. Die Ziele sind zwar formuliert und damit anerkannt. Aber die Massnahmen dazu bewegen sich im wünschbaren und nicht im notwendigen Bereich. Dass auf Innovation und technischen Fortschritt gesetzt wird, negiert dass wir zur Durchsetzung auch Fördergelder brauchen, welche nicht jedes Jahr

infrage gestellt werden.

2. Es ist zwar vorgesehen, dass der Stadtrat alle 4 Jahre einen Rahmenkredit beantragt. Dessen Höhe ist aber nicht klar und deshalb beliebig. Und der Rahmenkredit ist dem Parteiengezänk überlassen, nach dem Motto: Wäre zwar gut, aber gerade jetzt, geht doch nicht.....

Der Gegenvorschlag als Papertiger! Nein dazu!

Martin Luther soll gesagt haben: Wenn ich wüsste dass morgen der Weltuntergang ist, würde ich noch heute ein Bäumchen pflanzen. Setzen wir dieses Zeichen für die nachhaltige Zukunft und sagen Ja zur Initiative und Nein zum Gegenvorschlag.

Ich will nicht Wasser predigen und Wein trinken: Dass ich bereit bin zu nachhaltigem Handeln, beweisen meine 1993 erstellte erste Fotovoltaikanlage in Kloten, meine 1993 erstellte Wärmepumpenheizung und der vor 2 Jahren ange schaffte voll-elektrischer Kleinwagen. Und das alles ohne Förderbeiträge!

**Erich Forster,
alt Gemeinderat EVP, Kloten**

Leserbriefe

In der Rubrik «Forum» veröffentlicht der «Zürcher Unterländer» die Ansichten von Einzelpersonen. Die in den Leserbriefen geäußerte Meinung entspricht nicht der Meinung der Redaktion. Die maximale Länge für Leserbriefe beträgt 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Die Redaktion behält sich Kürzungen vor, aus Layout-Gründen auch bei kürzeren Zuschriften. Über nicht veröffentlichte Beiträge kann keine Korrespondenz geführt werden. (red)

Leserbrief

Gegenvorschlag kann man in die Tonne hauen

Zur Initiative «Nachhaltiges Kloten»

Klimaschutz ist wichtig. Das sollte so ziemlich den meisten von uns klar sein. Deswegen möchte ich Ihnen auch keinen Brandbrief über die desaströsen Folgen der Klimakrise schreiben.

Solche wurden in den letzten Monaten und Jahren zu genüge geschrieben. Vielmehr möchte ich als Vertreter der jungen Generation kurz Stellung zur Klotener Volksabstimmung vom 29. November beziehen.

Die Nachhaltigkeitsinitiative der Grünliberalen Partei sieht vor, dass die Stadt Kloten jährlich mindestens 600'000 Franken für Klimaschutzprojekte im Budget einplanen muss. Wahr hätte ich es mir gewünscht, wenn die Initiative auch ein konkretes Klimaziel definiert hätte. Aber nichtsdestotrotz ist die Initiative für Kloten ein Fortschritt. Denn der Stadtrat und die Verwaltung geniessen durch den auf fast fünfzehn Jahren garantierten fixen Geldbetrag eine Planungs- und Rechtssicherheit. So können längerfristige Projekte angegangen werden, mit denen Kloten seinen Beitrag für einen wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz leisten kann. Der Gemeinderat ist nicht mehr so leicht in der Lage den Geldhahn zuzudrehen.

Den Gegenvorschlag des Gemeinderates kann man aber im Gegensatz zur Nachhaltigkeitsinitiative buchstäblich in die Tonne hauen. Der Text, der neu in unserer Gemeindeordnung verankert werden soll, ist eine blosse Absichtserklärung «dann irgendwann schon mal etwas zu machen». Kein konkretes Klimaziel wird definiert, es wird kein Kostenrahmen gesprochen und es werden auch keine Massnahmen genannt. Kurz: Mit dem Gegenvorschlag passiert nichts. Ausser natürlich einer alle vier Jahre stattfindenden Debatte über die Klotener Klimapolitik. Konkrete Beschlüsse sind danach aber überhaupt nicht garantiert. Wer dies als Fortschritt betrachtet, der hat ehrlich gesagt, den Ernst der Lage verkannt.

Die Bewältigung der Klimakrise ist nur möglich, wenn wir wirklich auch auf der kleinsten möglichen Ebene handeln, nämlich auf denen der Städte und Gemeinden. Es braucht keine weiteren Scheindebatten und Absichtserklärungen. Was es braucht, sind konkrete Lösungsvorschläge und das Geld, um sie umzusetzen. Deswegen werde ich am 29. November der Volksinitiative «Für ein nachhaltiges Kloten» zustimmen und den wirkungslosen Gegenvorschlag des Gemeinderates ablehnen.

Ich bitte Sie darum, es mir gleich zu tun.

**Max Töpfer,
Präsident JUSO
Zürich Unterland und
und Vorstandsmitglied
SP Kloten**